

**Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD****Gesundheitsgefahr durch Alkoholmissbrauch in Bremen und Bremerhaven**

Alkoholmissbrauch ist auch in Bremen und Bremerhaven ein Problem, das nicht aus dem Blickfeld der politisch Handelnden geraten darf. Im Rahmen der neuen Steuerungsmodelle ist zu prüfen, ob ein „Suchtbudget“ eingerichtet werden kann, um die notwendige Arbeit für alkoholgefährdete und -abhängige Personen zu planen und die notwendige Hilfe auf Dauer abzusichern.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Menschen gelten in Bremen und Bremerhaven als alkoholabhängig bzw. alkoholkrank?
2. Wie hoch ist der Anteil derjenigen Menschen in Bremen und Bremerhaven, die missbräuchlich Alkohol in Schulen, in Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen und in Betrieben konsumieren?
3. Wie hoch ist der Anteil derjenigen Menschen in Bremen und Bremerhaven, die als missbrauchsgefährdet einzustufen sind?
4. Wie hoch ist der Anteil an Kindern und Jugendlichen, die ein problematisches Konsumverhalten im Hinblick auf Alkohol aufweisen?
  - 4.1 Wie hoch ist der Anteil dieser Jugendlichen, die noch die Schule besuchen?
  - 4.2 Wie hoch ist der Anteil der Jugendlichen, die sich in einer Ausbildung befinden?
  - 4.3 Wie hoch ist der Anteil der Jugendlichen, die keine Lehrstelle haben oder arbeitslos sind?
5. Wie viele Personen in Bremen und Bremerhaven, aufgeteilt nach Erwachsenen und Jugendlichen, befinden sich zurzeit aufgrund einer Alkoholkrankung in einer ambulanten oder stationären Rehabilitationsmaßnahme?
6. Wie viele Personen, aufgeteilt nach Erwachsenen und Jugendlichen, werden durch Selbsthilfegruppen begleitet oder aufgefangen, und wie gliedern sich diese Angebote der Selbsthilfegruppen nach Stadtteilen in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven auf?
7. Welche volkswirtschaftlichen Kosten entstehen dem Land Bremen in Schulen, in Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen und in Betrieben durch Alkoholmissbrauch?
8. Welche Maßnahmen ergreift das Land Bremen, um auf durch Alkoholmissbrauch entstehende gesundheitliche und soziale Probleme zu reagieren, und welche Finanzmittel werden durch Förderung der Arbeit der Selbsthilfegruppen im ambulanten Bereich eingesetzt, aufgegliedert nach Stadtteilen in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven?
9. Wie hoch sind die Zuschüsse an die einzelnen Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen, aufgegliedert nach Stadtteilen in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven?

10. Wie beurteilt der Senat den auf der 70. Gesundheitsministerkonferenz beschlossenen „Aktionsplan Alkohol“?
  - 10.1 Hat der Senat bereits Maßnahmen eingeleitet, wenn ja, welche?
  - 10.2 Wird der Senat noch Maßnahmen einleiten, wenn ja, welche?
11. Hält der Senat ein Budget „Hilfe für Alkoholgefährdete und Alkoholranke“ analog der Debatte um ein „Psychatriebudget“ für sinnvoll?

Brigitte Dreyer, Brigitte Sauer,  
Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU

Waltraud Hammerström,  
Töpfer, Böhrnsen und Fraktion der SPD